

GRÜNSPIEGEL

Informationen zur grünen Kommunalpolitik in Stadt und Kreis Ludwigsburg

informativ • parteilich • aktuell



BUNDESVORSITZENDE CLAUDIA ROTH HÄLT EINE EMOTIONALE REDE BEIM NEUJAHRESEMPFANG DER GRÜNEN IN LUDWIGSBURG

Heiße Einstimmung auf das Wahljahr

Claudia Roth gewohnt kämpferisch beim Neujahrsempfang

VON JULIA SCHWEIZER

Der Wahlkampf wird heiß – das kündigte sich beim diesjährigen Neujahrsempfang der Grünen nicht nur bei den Reden an. Auch die gefühlte Raumtemperatur von weit über 30 Grad im mehr als nur gut besuchten Vortragssaal des Staatsarchivs stimmte die Gäste schon einmal auf hitzige Wochen und Monate ein. Über 100 Zuhörer konnte Vorstandsmitglied Ingrid Hönlinger begrüßen. Sie wünschte sich – gerade auch im Hinblick auf die aktuelle Krise – mehr Verantwortung in der Politik und den Menschen die Kraft, die Zukunftsfragen auf allen Ebenen anzugehen. Kein Blatt vor den Mund nahm Jürgen Walter. Kritik gab es dabei für die Landesregierung, die in der Wirtschaftskrise kein gutes Bild abgebe. „Finger weg von den Sparkassen!“ forderte er die schwarzgelbe Koalition auf und kritisierte vor allem die FDP, den „parlamentarischen Arm der Lehman Brothers“. Hart ins Gericht mit der Landesregierung

ging auch der zweite Landtagsabgeordnete des Kreises, Franz Untersteller. Er schoss sich vor allem auf die miserable Umwelt- und Energiepolitik ein. Die beiden Landtagsabgeordneten sahen allerdings auch einen Hoffnungsschimmer, der von den USA ausgeht. Obamas erste Amtshandlungen seien sehr vielversprechend. Dem schloss sich auch die Hauptrednerin, die Parteivorsitzende Claudia Roth, an. „Obama kündigt was an und macht es auch.“ Ganz im Gegensatz zu Franz Müntefering, über den sie sich sehr aufgeregt habe mit seinem Satz „Man kann Parteien nicht daran messen, was sie vor der Wahl versprochen haben“. Die Große Koalition bedeute Stillstand, in deren Arbeit keinerlei Strategie erkennbar sei. Das gelte nicht nur für die Wirtschaftskrise, die die Politik zugelassen habe, sondern auch für den Umgang mit dem Krieg im Gaza-Streifen oder den Häftlingen auf Guantánamo, die Gesundheitsreform („außer Merkel und Schmidt

findet die doch niemand gut“), die Bildungspolitik oder die Debatte um Gentechnik bei Lebensmitteln. Zudem dürfe angesichts der derzeit alles überdeckenden Wirtschaftskrise andere Politikfelder wie Umwelt oder Soziales nicht vergessen, beziehungsweise gegeneinander ausgespielt werden. Für das noch junge (Wahl-) Jahr wünschte der absolute Leh-



DER SAAL IM STAATSARCHIV IST BIS AUF DEN LETZTEN PLATZ BESETZT.

mann-Fan den Zuhörern viel Glück, aber auch die Zeit, es genießen zu können. Und natürlich einen Wahlerfolg für die Grünen. „Aber ich denke, das wird ganz gut“, sagte sie. Und sehr, sehr heiß.



V.L. ANDREAS ROLL (KANDIDAT WAHLKREIS NECKAR-ZABER), INGRID HÖNLINGER (KANDIDATIN WAHLKREIS LUDWIGSBURG), JÜRGEN WALTER (MDL), CLAUDIA ROTH (BUNDESVORSITZENDE UND MdB), FRANZ UNTERSTELLER (MDL)

Wir machen Europa klar

Bundesparteitag in Dortmund

VON DIRK WERHAHN

Die Westfalenhalle in Dortmund kennen nun die Delegierten aus dem Kreisverband Ludwigsburg. Ein ganzes Wochenende lang ging es vor allem um die KandidatInnen und das Programm für die Europawahlen.

Am Freitag Abend sprach der luxemburgische christkonservative Premierminister Jean-Claude Juncker. Er skizzierte sein Bild von einer europäischen Union als Garant für den Frieden und fordert mehr Engagement für Europa. Von vielen Delegierten wird Juncker mit standing-ovation verabschiedet, was bei einigen GRÜNEN Kopfschütteln auslöst. Denn Juncker fördert Europa, aber er steht auch für konservative Politik.

Am Samstag Vormittag wird das Papier „Chance in der Krise. In ökologischen und sozialen Umbau investieren.“ diskutiert und beschlossen. Darin wird festgestellt, dass das sogenannte Konjunkturpaket II nur ein Sammelsurium und Flickwerk ist, ohne den Anspruch auf die Gestaltung der Zukunft des Landes. Das Paket hat eine soziale und ökologische Schiefelage. Denn statt Geringverdiener durch eine Anhebung des Arbeitslosengeldes II und einen Mindestlohn zu unterstützen, gibt es Steuerentlastungen mit der Gießkanne.

Anstatt einen Nachfrageimpuls für sparsame und moderne Fahrzeuge zu schaffen, wird der Absatz von Spritfressern mit der Abwrackprämie subventioniert. Anstatt eines solchen konzeptionslosen Sammelsuriums sehen wir GRÜNEN einen dringenden Bedarf, massiv in den ökologischen und sozialen Wandel zu investieren. GRÜNE stehen für ein nachhaltiges Investitionsprogramm, das dort investiert, wo wir ohnehin gigantische, auch strukturelle Probleme haben.

Mit dem Wahlprogramm und mit der Europawahl wollen wir GRÜNEN, dass Bürgerinnen und Bürger sich stärken für die Gestaltung Europas engagieren. Viele der globa-

len Probleme, die uns alle betreffen, können nur von der Europäischen Union gelöst werden.

Herausforderungen wie Klimawandel und Energiesicherheit, die Weltfinanzkrise, soziale Gerechtigkeit im globalisierten Wettbewerb, gerechter Welthandel, Schutz vor internationaler Kriminalität und Terrorismus kann heute kein Staat mehr alleine bewältigen.

Am Samstag Nachmittag begann der Parteitag mit der Listenaufstellung. Mit den Spitzenkandidaten Rebecca Harms und Reinhard Bütikofer starten wir in den Europawahlkampf. Harms und Bütikofer erhielten mit 80,4 Prozent und 81,7 Prozent der Stimmen starke Ergebnisse.



UTA HERMENAU IM GESPRÄCH MIT ALEX BONDE (MdB)

Heide Rühle setzte sich auf Platz drei der Europaliste bereits im ersten Wahlgang mit 355 Stimmen (50,8 %) gegen ihre beiden Mitbewerberinnen Barbara Lochbihler und Angelika Beer durch. Es folgte ein Vorstellungs- und Wahlmarathon, der am Samstag erst nach Mitternacht unterbrochen wurde. Nach einer kurzen Nacht, ging es am Sonntag Morgen weiter.

Andreas Braun überzeugte die Delegierten mit seinen Schwerpunktthemen Sozial- und Arbeitsmarktpolitik und setzte sich auf Platz 16 durch.

Gewählt wurden aus Baden-Württemberg außerdem Franziska Brantner auf Platz 11. Sie war für die Metropolregion Rhein-Neckar angetreten.

Außerdem schaffte es Eva-Maria Vögtle vom Kreisverband Konstanz mit einer engagierten Rede auf Platz 19.



DIE DELEGIERTEN UND ERSATZDELEGIERTEN DES KV LUDWIGSBURG ZUSAMMEN MIT HEIDE RÜHLE (MDEP) AUF DEM BUNDESPARTEITAG IN DORTMUND

Rückblick auf die Gemeinderatsarbeit 2008

Die Fraktion setzt sich für die Verbesserung der Lebensqualität in Ludwigsburg aktiv ein.

VON ROSWITHA MATSCHINER

Die Finanz- und Wirtschaftskrise macht auch vor Ludwigsburg nicht halt. Der absehbare Rückgang der Gewerbesteuer führte dazu, dass vor der Verabschiedung des Haushaltes sehr viele geplante Maßnahmen gestrichen wurden. Trotz eines positiven Haushaltes im Bereich Bildung, Schulen und Betreuung haben wir dem Haushalt nicht zugestimmt, insbesondere um zu signalisieren, dass wir antizyklisch investieren wollen und deshalb die ursprüngliche Investitionsplanung der Verwaltung unterstützt hätten.

Um den begonnen Prozess der Stadtentwicklungskonzeption zu verstetigen, hatten wir den Antrag gestellt, eine Stabstelle zu schaffen. Der Oberbürgermeister hat dies aufgegriffen und das Referat „Nachhaltige Stadtentwicklung“ eingerichtet.

2009 findet das große Stadtjubiläum statt. Eine Fülle an Veranstaltungen sind geplant, darunter auch die Erstellung eines Skulpturenpfades, den wir angeregt haben. Hier sollen sich sieben Künstler mit bestimmten Plätzen der Stadt künstlerisch auseinandersetzen und eine Arbeit präsentieren. Diese Veranstaltung soll im dreijährigen Rhythmus, also in Form einer Triennale, wiederholt werden.

Im Moment bezieht die Stadt auf rund 30 % Öko-Strom. Mit einem Antrag haben wir gefordert, dass sich dieser Anteil im kommenden Jahr um 10 bis 20 % er-

höhen soll. Bei der nächsten Ausschreibung wird diese Anforderung berücksichtigt werden.

Was noch für eine unabhängige kommunale Energiepolitik fehlt, ist die Übernahme der Stromnetze in die Verantwortung der Stadtwerke. Hierfür werden wir uns auch in Zukunft stark machen.

Insbesondere bei neuen Baugebieten achten wir auf Klimaschutz und Energieeffizienz. Das Neubaugebiet Hartenecker Höhe hätte sich unserer Meinung nach dafür geeignet, komplett als Passivhaussiedlung gebaut zu werden. Immerhin hatte die Stadtverwaltung noch das Ziel formuliert, mindestens KfW-40-Standard vorzusetzen. Leider konnte nicht einmal diese Auflage politisch durchgesetzt werden. Unser Gemeinderat überlässt die Entwicklung dem Markt, statt politisch zu steuern.

In einer gemeinsamen Aktion mit dem Ortsverband hatten wir im Sommer gute Vorschläge für eine Umgestaltung von Arsenal- und Schillerplatz erarbeitet. Aktuell sind die „Visionen“ in einer kleinen Ausstellung im Kulturzentrum zu sehen. Die Sanierung von Mylius- und Schillerstraße und der beiden Plätze sind nun erst einmal verschoben.

Bei der Verkehrspolitik hat in Ludwigsburg immer noch kein Umdenken eingesetzt. Mit dem Parkhaus ist die Neugestaltung des Westportals am Bahnhof vom Auto her gedacht, und auf eine Fahrradstation warten wir bisher

vergeblich. Ihre Unzufriedenheit mit der Situation für Radfahrer in Ludwigsburg haben im Oktober hunderte Radlerinnen und Radler bei einer Demonstration durch die Innenstadt deutlich gemacht. Die „Radwegeinitiative“ ist weiter aktiv und will sich kräftig in den Wahlkampf einmischen.

Die Stadtbahn Markgröningen-Ludwigsburg-Remseck hat wieder eine kleine Hürde genommen. Eine Mehrheit im Gemeinderat hat sich für die weitere Untersuchung des Projektes ausgesprochen. Wir meinen: Wenn man will, kann dieses Projekt in den nächsten Jahren realisiert werden. Wir werden darauf drängen, dass die Stadt einen entsprechenden Förderantrag stellt. Unser Vorschlag für eine Stadtbahn ins Tammfeld, für die wir bereits 2003 eine verkehrstechnische Untersuchung vorgelegt haben, wird von der Stadt noch nicht konstruktiv weiter verfolgt.

Leider beharrt die Mehrheit im Rat verkrampft auf den Bau der überflüssigen Strombergstraße. Die ließe sich nur noch mit einer Abwahl der „Straßenfreaks“ im Juni verhindern. Dranbleiben müssen wir auch beim Widerstand gegen die Bahnparallele Trasse mit einem neuen Autobahnanschluss.

Alle Schulformen sollten in den verbindlichen Ganztagesbetrieb eintreten, auch die Grundschulen. Bisher bietet nur die Eichendorff-Grundschule in Grünbühl ein verbindliches Ganztagesangebot und hat einen Schulsozialarbeiter

stundenweise zur Verfügung. Einige andere Schulen bieten fakultativ die Nachmittagsbetreuung an. Dass in diesem Bereich mehr

gabenbetreuung und Fördermöglichkeiten, gerade für Migrantenkinder, vorhanden sind. In diesem Zusammenhang kritisieren wir



ROSWITHA MATSCHINER ERLÄUTERT DEN PLAN FÜR EINE NEUE AUTOBAHNAUSFAHRT LB-MITTE UND DIE BAHNPARALLELE TRASSE, DIE DAS NAHERHOLUNGSGEBIET AM WESTRAND DER STADT UND EINE WICHTIGE FRISCHLUFTSCHNEISE ZERSTÖREN WÜRDEN

Qualität und Beständigkeit notwendig sind, zeigen die Forderungen derjenigen Eltern, deren Kinder bisher den Hort der Charlottenkrippe besuchen, in zwei Jahren aber in die Ganztagesbetreuung der Anton-Bruckner-Schule wechseln müssen. Die Ganztageschule kann nicht von vielen verschiedenen Trägern angeboten werden, sondern sollte aus einem Guss sein und auf ein schlüssiges Konzept gründen. Wir werden sehr genau darauf achten müssen, ob die Betreuung an den Schulen in etwa der bisherigen Qualität entspricht und Hausauf-

das Jugendbegleiterprogramm, das bisher schön geredet und mit Hochglanzbroschüren dargestellt wird. Von Kontinuität und reibungslosem Ablauf sind wir mit dieser – zugegeben preiswerten – Maßnahme weit entfernt.

An dieser Stelle können nur Ausschnitte vom Jahresrückblick abgerückt werden. Der ganze Text, wie auch Anträge, Redebeiträge und Pressemitteilungen stehen auf der Homepage der Fraktion

gr-fraktion.gruene-ludwigsburg.de

Stadt soll mehr Migranten beschäftigen

Ludwigsburgs Verwaltung soll Vorbildfunktion für Integration übernehmen

VON SIEGFRIED RAPP

Ludwigsburg zeichnet sich aus durch eine hohe Internationalität. Mehr als 25 Prozent der Ludwigsburgerinnen und Ludwigsburger haben einen Migrationshintergrund, bei Kindern und Jugendlichen sind es noch mehr. Somit wäre es ein starkes Signal an alle Ludwigsburger, wenn die Stadt mehr Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit Migrationshintergrund beschäftigen würde. Dazu hat die Grüne Fraktion einen aktuellen Antrag an die Stadtverwaltung gestellt.

Ludwigsburg versteht sich als weltoffene Stadt mit internationalen menschlichen und wirtschaftlichen Kontakten und ist stolz auf seine Städtepartnerschaften.

Nach Überzeugung von uns Grünen ist die sprachliche und kulturelle Kompetenz der Mitbürger mit Migrationshintergrund ein großes Potenzial, das auch die Stadtverwaltung noch mehr nützen könnte. Für unsere Mitbürgerinnen und Mitbürgern mit ausländischen Wurzeln hätte es eine immense Vorbildfunktion, wenn ihre Landsleute bei der Stadt auch verantwortungsvolle Positionen besetzen würden. Eine erfolgreiche schulische und berufliche Karriere von Migranten in öffentlichen Verwaltungen vermitteln den ausländischen Mitbürgern das Gefühl, angekommen zu sein und dazu zu gehören. Vor allem Jugendliche mit Migrationshintergrund würden sehen, dass sie eine faire Chance im beruflichen Wettbewerb haben. Stefan Ols-

son, Generaldirektor der europäischen Kommission für Chancengleichheit, formuliert: „Wir müssen in Europa wettbewerbsfähig sein, indem wir alle Menschen einbinden und niemanden ausschließen – das können wir uns nicht mehr leisten. Die Diskriminierung von Mitbürgern ist mit menschlichen und wirtschaftlichen Kosten verbunden.“

Auf Ludwigsburg bezogen bedeutet dies für uns Grüne, dass



NEUJAHRSEMPFANG: CLAUDIA ROTH IM GESPRÄCH MIT INGRID HÖNLINGER UND DEM INTEGRATIONSBEAUFTRAGTEN DER STADT LUDWIGSBURG T SALIOU GUEYE

eine interkulturelle Öffnung der Ämter und Eigenbetriebe stattfinden muss.

In einer „Charta der Vielfalt“ haben 234 große Unternehmen und viele Städte (u.a. Köln, München, Stuttgart) für ihren öffentlichen Dienst beschlossen, „den Anteil von Beschäftigten mit Migrationshintergrund im öffentlichen

Dienst zu erhöhen, um interkulturelle Öffnung und Qualität des Bürgerservice zu verbessern und um die Identifikation der Zugewanderten mit der deutschen Gesellschaft und ihren Institutionen zu stärken.“ Durch diese Maßnahmen konnte in München der Anteil der Auszubildenden mit Zuwanderungshintergrund in Verwaltungsberufen von 11,6 % (2006) auf 17,9 % (2007) erhöht werden.

Nach Überzeugung der Grünen Fraktion hat Ludwigsburg auf diesem Sektor noch Nachholbedarf und deshalb fordert sie die Verwaltung nachdrücklich auf, aktiv an der Beseitigung dieses Defizits zu arbeiten.

07. Juni 2009 Kommunalwahlen

Lärmaktionsplan

Lärminderung=Umweltorientierte Verkehrspolitik

VON MICHAEL VIERLING

Lärm ist eines der gravierenden Umwelt- und Gesundheitsprobleme in Deutschland. Denn Lärm beeinträchtigt Leistungsfähigkeit und Wohlbefinden, schädigt das Gehör, löst Stress aus und führt zu Herz-Kreislauf-Erkrankungen. Gleichzeitig zeigt sich in der unterschiedlichen Lärmbelastung der Menschen ein wesentliches Verteilungs- und Gerechtigkeitsproblem: Wer wenig Einkommen und Vermögen hat, muss mit mehr Lärm im Wohnumfeld leben als die Wohlhabenderen, die sich die ruhigen Wohnlagen leisten können. Mit der EU-Richtlinie aus dem Jahr 2002 über die Bewertung und Bekämpfung von Umgebungslärm ist eine europaweite Lärminderungskampagne eingeleitet. Auch die Stadt Ludwigsburg stellt sich der Pflicht zur Aufstellung eines Lärmaktionsplans bis zum Jahresende 2008. Im Frühjahr und Sommer 2008 gab die Stadt dann den BürgerInnen die Gelegenheit, sich mit Anregungen zur Lärmaktionsplanung und zum Lärmschutz an sie zu wenden. Sie kündigte an, solche Anregungen ins weitere Verfahren einfließen zu lassen und deutete an, es könnten Arbeitsgruppen mit BürgerInnen gebildet werden. Seither scheint das Verfahren allerdings zu „hängen“: von der Einrichtung von Bürgerarbeitsgruppen ist nichts bekannt, der verpflichtende Termin 18. Juli 2008 ist lange verstrichen, ohne dass ein erster Entwurf der Stadtverwaltung vorläge. Eine Einrich-

tung von Bürgerarbeitsgruppen sollten aber die Ludwigsburger Kommunalpolitikern deutlich einfordern. Eine breite Bürgerbeteiligung böte die Chance, das Spektrum der Betroffenen zu bündeln und die Vorstellungen der Lärmgeplagten bei der Suche nach Entlastungsmöglichkeiten wirksam einzubeziehen. In der jetzigen Phase der möglichen Einflussnahme auf den endgültigen Lärmaktionsplan sollten alle, denen umweltorientierte Verkehrspolitik ein Anliegen ist, erkennen, dass sie jetzt massiv in die Lärmaktionsplanung eingreifen sollten. So gut wie alle Forderungen für eine ökologischere Verkehrsgestaltung sind auch Forderungen zur Reduzierung des Verkehrslärms. Die Forderungen nach effizienteren Mobilitätsverbänden, nach weniger Auto- und mehr Öffentlichem Personenverkehr, nach einer Fußgänger- und Fahrradgerechten Stadtgestaltung, nach der Verlagerung von Gütertransporten von der Straße auf die Schiene zielen sämtlich nicht nur darauf ab, weniger Schadstoffe freizusetzen, sondern auch darauf, die Lärmbelastung zu verringern. Jetzt geht es darum, die Gelegenheit zu ergreifen, die Lärmaktionsplanung mit den Bemühungen um eine ökologische Verkehrspolitik auf den Ebenen von Kreistag und Gemeinderat sowie den außerparlamentarischen Initiativen zu verknüpfen, um mit der Zurückdrängung des motorisierten Individualverkehrs den Lebensraum Stadt für die Bürgerinnen und Bürger zurück zu gewinnen.

Liegt Absurdistan im Landkreis Ludwigsburg?

Ausbaupläne für die L 1115 zwischen Mundelsheim und Backnang kritisiert

VON FRANZ UNTERSTELLER

„Liegt Absurdistan denn im nördlichen Teil des Landkreises Ludwigsburg?“ Diese Frage komme einem in den Sinn, wenn man einen Blick in die vom Regierungspräsidium Stuttgart vorgelegten geänderten Pläne für den 1. Bauabschnitt des drei- bzw. vierspurigen Ausbaus der Landesstraße L 1115 werfe. Die derzeit in der Anhörung befindlichen Pläne sehen jetzt nämlich vor, dass zusätzlich zum Ausbau der L 1115 im Waldgebiet zwischen der Forsthofkreuzung und dem Karlshof parallel verlaufend noch eine neue Kreisstraße für die Abwicklung des landwirtschaftlichen Verkehrs errichtet werden soll. Es sei weder nachvollziehbar, noch zur Abwicklung des landwirtschaftlichen Verkehrs (erwartet werden lediglich 1500 bis 2000 landwirtschaftliche Fahrzeuge jährlich) zwingend erforderlich, dass man parallel zur ausgebauten L 1115 noch ein weiteres Straßenbau-

werk in diesem ökologisch wertvollen und für die Naherholung wichtigen Teil des Hardtwalds errichten wolle. Es sei an die von Ministerpräsident Oettinger in einer Regierungserklärung erhobene Forderung nach einer drastischen Reduzierung des Flächenverbrauchs erinnert. Die vom RP

vorgelegten Planungsvorschläge für die L 1115 stehen in krassem Gegensatz zu derartigen Überlegungen. Ich fordere das Regierungspräsidium auf, die Pläne zurückzuziehen und eine Lösung zu erarbeiten, die eine Mitbenutzung der L1115 durch den landwirtschaftlichen Verkehr ermöglicht.



NEUJAHREMPFANG: FRANZ UNTERSTELLER DECKT FEHLER DER LANDESREGIERUNG AUF

Gentechnikfreie Landwirtschaft in Remseck

Pächter werden vertraglich verpflichtet, zukünftig gentechnikfrei anzubauen

VON KARL BURGMAIER

Im Dezember 2008 beschloss der Remsecker Gemeinderat mit großer Mehrheit auf Antrag der grünen Fraktion, bei der Neuverpachtung von städtischen landwirtschaftlichen Flächen und der Verlängerung von Pachtverträgen die Pächter vertraglich zu verpflichten, auf den Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen zu verzichten.

Die Verwaltung hatte zuvor die landwirtschaftlichen Ortsvereine nach ihrer Meinung zu unserem Antrag befragt. Ergebnis war, dass die Remsecker Landwirte kein gentechnisch verändertes Saatgut verwenden und auch in Zukunft nicht verwenden wollen. Wir wissen wenig über die Risiken der Gentechnik in der Landwirtschaft; klar ist aber, dass sich beim Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen deren Erbgut auch auf andere Pflanzen derselben Art oder artverwandten Wildpflanzen übertragen kann. Diese Gene sind

dann nicht mehr rückholbar. Die meisten Menschen lehnen Gentechnik in der Landwirtschaft ab, weil nicht klar ist, wie sich gentechnisch veränderte Nahrungsmittel auf die Gesundheit aus-

werden nur abhängig von wenigen global tätigen Saatgutherstellern, die eine Monopolstellung anstreben. Und die Verbraucher hätten keine wirkliche Wahl mehr bei Nahrungsmitteln, da eine Ko-



wirkt. Es ist sinnvoll, auf die Verwendung von gentechnisch manipuliertem Saatgut zu verzichten. Es bringt weder Bauern noch Verbrauchern Vorteile. Die Bauern

existenz zwischen gentechnikfreier und Gentechnik-Landwirtschaft bei unserer kleinräumig strukturierten Landwirtschaft nicht möglich ist.

Dank der GRÜNEN fährt Strohgäubahn weiter

Zukunft der Strohgäubahn zwischen Heimerdingen und Korntal ist gerettet

VON DANIEL RENKONEN

Nach langem Hin und Her und gutem Zureden hat der Kreistag mit großer Mehrheit dem Rettungspaket für die Ströhgäubahn zugestimmt. Das sieht vor, dass der Landkreis Ludwigsburg zusätzlich eine Anschubfinanzierung von zwei Millionen Euro lockermacht, um das Bähnle wieder flott zu machen. Außerdem würde sich der Kreis mit 50 Prozent (und nicht wie ursprünglich mit einem Drittel) an den laufenden Betriebskosten beteiligen. Bis zuletzt hatte sich vor allem die CDU gegen diese Lösung gesträubt. Diese reflexartige Abwehrhaltung hat ganz unterschiedliche Gründe. Denn in der CDU gibt es führende Politiker, die kein Fass für künftige Bahnprojekte wie beispielsweise die Stadtbahn Ludwigsburg aufmachen wollen. Auch ideologische Gründe spielen

eine Rolle „Wir brauchen im Strohgäu keine teure Bahn, da können auch Busse fahren“, lautet der Tenor. Ministerpräsident Günther Oettinger hat sich für eine Kompromisslösung ausgesprochen. Danach sollen Kreise und Kommunen für den Streckenabschnitt zwischen Korntal und Weissach und die Region nur für die Strecke zwischen Feuerbach und Korntal zuständig sein. An diese Position koppelte der MP seine mündliche Zusage, dass das Land sich an den Fahrzeugkosten mit mindestens 30 Prozent beteiligt. Uns Grünen wäre es lieber gewesen, wenn die Strohgäubahn komplett in die regionale Trägerschaft übergegangen wäre. Nur soweit wollte der MP nicht gehen. Wir haben uns im Kreistag daher für das kleinere Übel entschieden, um das Bahnprojekt insgesamt nicht zu gefährden. Denn mit der Sanierung der Stre-

cke wird das Fahrplanangebot erheblich ausgeweitet. Wir sind der festen Überzeugung, dass mit diesem attraktiven Fahrplan viele Menschen zum Umsteigen vom Auto auf die Bahn animiert werden können. Klar ist aber auch: Wir wollen weiterhin eine Strohgäubahn aus einem Guss, die täglich von Weissach nach Feuerbach durchfährt. Hierzu muss der Verband Region Stuttgart in irgendeiner Form in den Zweckverband integriert werden. Ohne die Region geht es nicht, zumal sie in Stuttgart-Zuffenhausen ein neues Bahngleis für 1,32 Millionen Euro bauen muss.

Die Strohgäubahn wird nur dann ein Zukunftsprojekt, wenn alle an einem Strang ziehen. Der Anfang ist nun gemacht – endlich! Jetzt gilt es, das nächste Zukunftsprojekt auf die Schiene zu bringen – und das ist die Stadtbahn Ludwigsburg!

Bürgerbeteiligung ist wichtig

Engagierte Bürger können etwas erreichen

VON KARL BURGMAIER

Wenn sich Bürger in kommunalpolitischen Dingen engagieren, können sie etwas erreichen, auch in Remseck! Zum einen ist das durch das Engagement in den politischen Parteien oder durch die Wahl in den Gemeinderat möglich, zum anderen durch das Engagement in einem konkreten Projekt. Jüngstes Beispiel: In Hochberg bleibt ein Kleinspielfeld neben der Grundschule für die Kinder erhalten und wird nicht als Standort für Container genutzt. Ohne die Initiativen der betroffenen Eltern wäre das wohl anders gelaufen. Weitere Beispiele für erfolgreiches Bürgerengagement sind die Hochberger Tunnelinitiative, der es zu verdanken ist, dass sich der Gemeinderat für den Hochberger Tunnel ausgesprochen hat, die Initiative von Bürgern aus Hochdorf gegen den Ausbau der Straße Hochdorf-Afalterbach und für die Beibehaltung des dortigen LKW-Verbots oder die Elterninitiative, die sich im Wohngebiet „Auf der Steige“ für eine schnellere Errichtung eines Spielplatzes stark gemacht und mitgewirkt hat. Der Erfolg von Bürgerinitiativen hängt natürlich davon ab, wie stark die wirtschaftlichen und politischen Interessen sind. Beim Andriof-Brückenprojekt, gegen das sich u.a. die Bürgerinitiative „Bürger für

Remseck“ wehrt, ist der politische Druck von Wirtschaft und Verwaltung ungewöhnlich stark, so dass es sehr schwer ist, dieses Projekt zu verhindern. Auch beim Wohngebiet Steige IV in Neckarrens waren letztlich wirtschaftliche und finanzielle Gründe ausschlaggebend für die dichte und hohe Bebauung, gegen die sich eine Bürgerinitiative wehrte. Diese Bürgerinitiative konnte trotzdem einen kleinen Teilerfolg erzielen: die Punkthäuser werden nicht ganz so hoch wie ursprünglich geplant.

Unser Anliegen ist, Bürger sehr frühzeitig an Entscheidungsprozessen zu beteiligen und ihre Ideen und Anregungen bei der Gestaltung unserer Stadt zu nutzen. Die offene Bürgerbeteiligung 1999 hat sehr viele Ideen für unsere Stadtentwicklung gebracht und ist ein gutes Beispiel für einen Bürgerbeteiligungsprozess, in dem Externe als Moderatoren Wissen, Ideen und Wünsche der Bürger strukturieren und gezielt für die Stadtentwicklung nutzen. Verwaltung und Gemeinderat sind in einem solchen Prozess Zuhörer. Bürgerinitiativen und Bürgerengagement sind Elemente direkter Demokratie. Wir brauchen eine selbstbewusste Zivil- oder Bürgergesellschaft, die in das Tagesgeschehen eingreift und unsere Gesellschaft dadurch weiterbringt.

Flächenverbrauch im Landkreis

Flächenfraß im Landkreis geht unvermindert weiter

VON DANIEL RENKONEN

Bis 2006 wurde pro Jahr im Landkreis eine Fläche von rund 800 Fußballfeldern für Siedlungs- und Verkehrsflächen zubetoniert. Eine Trendwende ist leider nicht erkennbar. Schlimmer noch: Der Boden hunger unserer Städte und Gemeinden ist noch nicht gestillt. Wie jetzt aus einer Veröffentlichung von Immobilienmaklern hervorging, wurden im Landkreis erneut 239 Hektar allein für Neubaugebiete geopfert. Den größten Anteil beanspruchen die Städte Ludwigsburg (etwa 48,5 Hektar) und die Stadt Vaihingen/Enz (fast 40 Hektar). Diese Zahlen wurden uns von der Landkreisverwaltung bislang leider nicht genannt. Auf eine Anfrage der Grünen-Kreistagsfraktion antwortete die Verwaltung, dass man kein genaues Zahlenmaterial erheben könne. Jetzt haben wir es schwarz auf weiß. Den schönen Worten folgen leider keine Taten. Trotz aller Nachhaltigkeitsstrategien und Empfehlungen von Enquete-Kommissionen wird vor Ort nicht entsprechend gehandelt. Im Gegenteil. Der Flächenbedarf für den Wohnungsbau verdreifachte sich im gesamten Land innerhalb der vergangenen 50 Jahre. Damit wird unser verdichteter Ballungsraum weiter zersiedelt. Die Vorgaben des Regionalplans haben sich also bislang nur als stumpfes Schwert erwiesen.

Wir Grünen im Kreistag haben daher nun die Stelle eines Wirtschaftsförderers beantragt, der beim Verband Region Stuttgart angesiedelt ist. Das ist kein neuer Antrag, aber wir haben die Stelle mit zusätzlichen Aufgaben versehen. So soll der Wirtschaftsför-

der auch gleichzeitig eine Art Flächenmanager für unsere Städte und Gemeinden sein. Damit könnte ein Wildwuchs an Gewerbeflächen wie beispielsweise in Eberdingen-Hochdorf verhindert werden, wo mitten auf wertvollen Ackerflächen in die freie Landschaft das Gewerbegebiet Pulverdinger Weg hingecknallt worden ist. Er könnte beispielsweise Brachflächenkataster erstellen oder ökologische Kriterien für eine Firmenansiedlungen entwerfen. Häufig befinden sich Brachflächen nämlich im Besitz von Firmen oder Banken, die ihre Grundstücke nicht an die Kommunen verscherbeln wollen. Die Kaufpreisverhandlungen verlaufen entsprechend schwer. Ein Wirtschaftsförderer könnte hier Abhilfe leisten. Im Kreis Ludwigsburg wird er nur von uns und der SPD gewollt. Die Bürgermeister-Fraktionen von CDU und Freie Wähler lehnen ihnen dagegen vehement ab, weil die Wirtschaftsförderung ihrer Ansicht nach eine rein kommunale Angelegenheit sei. Diese Haltung ist reichlich antiquiert, wie ein Blick in die umliegenden Kreise in der Region zeigt. Dort sind überwiegend gute Erfahrungen mit einem Wirtschaftsförderer gemacht worden. Und wenn er den Flächenverbrauch stoppen kann, dann würde er sich doppelt bezahlt machen. Landrat Rainer Haas (immerhin mit Grünen-Stimmen gewählt) würde unseren Antrag übrigens unterstützen, aber nur verdeckt, weil er nicht gegen das Votum der Bürgermeister handeln wolle, wie er uns jüngst in der Ausschusssitzung verriet. Das ist schade. Denn man sollte auch einmal klar Position beziehen, wenn man Landrat ist.

Biggi Bender in Ludwigsburg Gesundheitswesen – für alle gleich?

VON INGRID HÖHNLINGER

Bei Frauengesundheit denken wir all zu oft ausschließlich an Themen wie Mammographie-Screening, Essstörungen oder Impfung gegen Gebärmutterhalskrebs. Ob Frauen bei Volkskrankheiten ihrem Geschlecht gemäß oder mit Medikamenten behandelt werden, die an Männern getestet wurden, ist schon seltener im Blick. Und: Wer schaut mit einem geschlechtsspezifischen Blick auf die Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherungen und deren Auswirkungen auf Frauen? Warum ist die Grüne Bürgerversicherung aus frauenpolitischer Sicht ein guter Vorschlag? Diese Fragen waren der Einstieg in die Veranstaltung mit MdB Biggi Bender, die es verstand, in fundierter Art komplexe Sachverhalte verständlich darzustellen. Grundgedanke der Grünen Bürgerversicherung ist, dass alle Bürgerinnen und Bürger versicherungspflichtig



werden, einschließlich Beamte/innen, Selbstständigen und Personen mit hohem Einkommen. Dadurch wird jede/r entsprechend der eigenen Leistungsfähigkeit in die Finanzierung der Krankenversicherung einbezogen. Ein weiterer Punkt kommt hinzu: Aus Sicht der Referentin unterstützt die jetzige voraussetzungslose, kostenlose Mitversicherung von Ehepartnern/innen in der gesetzlichen Krankenversicherung das Modell „Alleinverdiener“. Der Vorschlag der Grünen Fraktion, diesen Missstand zu beheben, lautet: Kostenlose Mitversicherung, wie bisher auch, in Zeiten der Kindererziehung und bei der Übernahme von Pflege. Für alle anderen Fälle schlägt sie die Einführung eines Beitragssplittings vor. Konkret bedeutet dies, die Einkommen von Ehepaaren zu addieren, durch zwei zu teilen und dann für beide darauf die gleichen Beiträge zu entrichten. Damit haben Frauen eine eigenständige Versicherung und die Möglichkeit, ihre Krankenkasse selbst zu wählen. Diese Ausführungen lösten eine rege Diskussion darüber aus, ob die Gleichstellung von Frauen im Bereich Erwerbstätigkeit bereits so weit realisiert ist, dass das Konzept schon greifen kann.

Die Finanzierung des Gesundheitswesens wird auch in Zukunft vielschichtig diskutiert werden müssen. Weitere Infos unter www.biggi-bender.de

Heide Rühle in Gerlingen Europa muss für BürgerInnen verständlicher werden

VON DIRK WERHAHN

Dass für die Europaparlamentsabgeordnete Heide Rühle Europa mehr als Bürokratie ist, merken die über 100 Zuhörerinnen und Zuhörer – darunter viele interessierte Schülerinnen und Schüler – im Gerlinger Rathaus am Donnerstag Abend schnell: „Es ist unvorstellbar, dass die europäischen Länder wieder Krieg gegeneinander führen.“

Lebendig, kompetent und voller Elan berichtet Rühle über Aktuelles der Europapolitik. Sie würdigt



HEIDE RÜHLE UND ILSE MAJER-WEHLING BEANTWORTEN FRAGEN

die positiven Ergebnisse von Europa beim VerbraucherInnenschutz (Pestizidverbot) und den Binnenmarkt, der sehr zu der politischen Stabilität in Europa beigetragen hat. Sie mahnt auch die Themen an, bei denen Europa weiter sein könnte: Beispielsweise sei die Au-

ßenpolitik besser zu koordinieren und die europäische Energiepolitik sei mangelhaft. Außerdem müsse dringend der europäische Finanzmarkt reguliert werden. Ein entsprechender VerbraucherInnenschutz könne die Bürgerinnen und Bürger vor weiteren hohen Kapitalverlusten schützen. „Aber vor lauter Konjunkturprogrammen wird vergessen, den Finanzmarkt zu regulieren“, so Rühle. Ihr ist wichtig, dass Europa für die Bürgerinnen und Bürger verständlicher werde. Hier sei noch viel Arbeit zu leisten. So seien die Struk-

turen transparenter zu gestalten, damit auch sichtbar wird, wer für welche Aufgaben Verantwortung trägt.

Mit dieser Auftaktveranstaltung hat für Ilse Majer-Wehling der Europawahlkampf in Landkreis Ludwigsburg begonnen.

Termine

23. März, 17 – 21 Uhr, ERENE: Eine Europäische Gemeinschaft für Erneuerbare Energien (Böll-Stiftung), TurmForum am Hauptbahnhof, Stuttgart.

1. April und 6. Mai, 19 Uhr „In Ludwigsburg heimisch geworden – Portraits aus einer Einwandererstadt“ Kulturzentrum Ludwigsburg.

4. April, ab 11 Uhr, Baumpflanzaktion am Jugendhaus, Erdmannhausen.

6. April, 20 Uhr, „Wie weiter in der Finanzkrise?“ Podiumsdiskussion mit Dr. Heinz-Werner Schulte, Karl-Heinz Unger, Dr. Gerhard Schick (MdB), Staatsarchiv Ludwigsburg.

19. April, 10 Uhr, Kommunalpolitische Radtour Treffpunkt Bahnhof, Vaihingen/Enz.

25. April, 15 Uhr, Begehung geplantes Neubaugebiet Ellenberg und Biotop Höfle, Treffpunkt Brunnenplätze, Erdmannhausen

22. April, 20 Uhr, KMV in Bietigheim-Bissingen, Hotel Otterbach, Wahlprogramm Kreistagswahl.

1. Mai, 10 Uhr, Kommunalpolitische Kanufahrt Treffpunkt Badplatz, Vaihingen/Enz.

8. Mai, 20.00 Uhr, Kabarett mit Christoph Sonntag: „Drin was draufsteht.“ Gemeindehalle Aldingen.

16. Mai, 10 - 13 Uhr, Pflanzentauschbörse und Kandidatenvorstellung für die Gemeinderatswahl, am Einkaufsmarkt Aydin, Erdmannhausen.

21. Mai, 11.00 Uhr, Kommunalpolitischer Flug, Treffpunkt Segelflugplatz (Vaihingen/Enz) mit Bewirtung.

Termine und Beiträge an gruenspiegel@gmx.de
Redaktionsschluss
5. Juni 2009

Regionalwahl 2009

Der Kreisverband Ludwigsburg hat die Liste für die Regionalwahl aufgestellt. Auf ihren Listen findet sich eine breit gefächerte Mischung von Berufen und Altersgruppen. Eva Mannhardt, Josef Matschiner, Susanne-Schwarz-Zeeb, Dr. Peter-Michael Valet, Elke Mayer, Reiner Theurer, Barbara Bader, Claus Langbein, Uta Hermenau, Max Bleif, Elisabeth Simpfendorfer-Paul, Dirk Werhahn, Regine Jung, Armin Zeeb, Petra Heine-Hettig und Siegfried Rapp.

Kindersportschulen

Immer mehr Kinder bewegen sich zuwenig

VON KARL BURGERMEISTER

Ihren natürlichen Bewegungsdrang können Kinder auf unseren Straßen schon lange nicht mehr ausleben. Denn: Autos beherrschen den Straßenraum, sei es parkend am Straßenrand, wo sie mögliche Bewegungsfläche regelrecht zuparken oder weil sie als fließender Verkehr eine Gefahr für die Kinder sind. Die Zeit der Straßenfußballer zumindest in unserer Region ist längst vorbei. Unsere heutige zubetonierte, asphaltierte und an den Bedürfnissen des motorisierten Individualverkehrs ausgerichtete Straßenlandschaft lässt so etwas allerdings kaum mehr zu. Wir wissen jedoch, dass körperliche Bewegung und Ausleben des natürlichen Bewegungsdrangs wichtig für die gesunde Entwicklung eines Kindes sind. Untersuchungen belegen, dass eine vielseitige, sportartübergreifende Grundlagenausbildung, die sich an den Entwicklungsstand des Kindes anlehnt, die beste Voraussetzung für sportliche Leistungen im Jugend- und Erwachsenenalter schafft. Früh beginnen, spät spezialisieren. Beim sportartübergreifenden und altersgerechten Angebot stoßen manche Vereine an ihre räumlichen und personellen Grenzen. Hier knüpft das Konzept der Kin-

dersportschule an, das es seit etwa 20 Jahren gibt und vom Schwäbischen Turnerbund entwickelt wurde. Ziel der Kindersportschulen ist es, Kindern früh Spaß am Sport und eine altersgemäße motorische Grundlagenausbildung zu vermitteln. Eine einseitige Spezialisierung soll vermieden werden. Zielgruppe sind die 5- bis 10-Jährigen. Leiter der Kindersportschulen sind ausgebildete und hauptamtlich angestellte Sportlehrer, oft sind auch die anderen Übungsleiter ausgebildete Sportlehrer. Diese fundierte sportliche und pädagogische Ausbildung ist wohl der Hauptgrund, warum sehr viele Kinder in die Kindersportschulen kommen, die ansonsten kein Vereinssportangebot wahrnehmen würden. Kindersportschulen in unserer Nähe gibt es in Kornwestheim, Ludwigsburg, Waiblingen und Schmin-den. Kindersportschulen werden von einem Sportverein oder durch Kooperation mehrerer Sportvereine betrieben.

Kindersportschulen haben sich zu einem Markenprodukt auf dem Sportmarkt entwickelt. Im Wettbewerb der Städte um Einwohner könnte eine Kindersportschule als positiver „weicher Standortfaktor“ Familien mit kleinen Kindern halten und junge Familien anziehen.

Sozialpolitik im Landkreis

Kornwestheimer Grüne stellen Kreistagsliste auf

In ihrer jüngsten Sitzung stellten die Kornwestheimer Grünen ihre Kreistagsliste auf. Zuvor allerdings stellte der amtierende Kreisrat Claus Langbein einen Abriss seiner Arbeit als sozialpolitischer Sprecher der Kreistagsfraktion dar. Im Bereich der Langzeitarbeitslosen ist die Übernahme der Unterkunftskosten auf den Landkreis übergegangen. Nun werde vielen Betroffenen die volle Übernahme der Mietkosten verweigert, weil sie in Wohnungen über der Mietobergrenze wohnen, so Claus Langbein. Die Gefahr der Obdachlosigkeit bestehe. Ein Antrag der Kreisgrünen, der diesen Missstand beseitigen sollte, wurde von der großen Mehrheit des Sozialausschusses abgelehnt. Auch von der SPD! Auch die Eingliederungshilfe ist in die Zuständigkeit der Landkreise überge-

gangen. Für die Behindertenpolitik fordert Claus Langbein die akribische Umsetzung des SGB IX, worin es heißt, jeder Behinderte solle eine passgenaue Unterstützung erhalten. Im Bereich der Lebensmittelüberwachung fordert die Grüne Kreistagsfraktion wieder eine Stellen-Aufstockung (seit der Verwaltungsreform 2005 wurden 5 Stellen gestrichen). Anschließend wurde die Liste für die kommende Kreistagswahl gewählt. Sie brachte folgendes Ergebnis:

1. Claus Langbein
2. Petra Sacher
3. Klaus Mader-Amort
4. Rolf Pfeiffer
5. Christian Große
6. Karin Rohfleisch
7. Susann Boll-Simmler

Gemeinsam planen – gemeinsam bauen – gemeinsam wohnen!

Ludwigsburg, Hartenecker Höhe
Baugruppe Baumhaus

noch 3 Wohnungen (von 96 bis 126 qm) frei

familienfreundlich – barrierefrei – ökologisch –
verkehrsfrei – im Grünen

Infos: www.baugruppe-baumhaus.de
Kontakt: baumhaus-ludwigsburg@t-online.de, Tel. 07141/84848

Impressum

Grünspiegel

Zeitschrift des Kreis- und Ortsverbandes von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Ludwigsburg

Der GRÜNSPIEGEL ist kostenlos erhältlich. Der Versand kostet für Nichtmitglieder im Jahr 18 Euro im Kreis, 26 Euro bundesweit. Für Mitglieder ist der Bezugspreis im Mitgliedsbeitrag enthalten.

Herausgeber/Anschrift der Redaktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Kreisverband Ludwigsburg, Ortsverband Ludwigsburg Im Uhland, Uhlandstraße 21 71638 Ludwigsburg Tel: 07141-927926 Fax 07141-905194 kv.ludwigsburg@gruene.de www.gruene-ludwigsburg.de KV Ludwigsburg KontoNr: 507 949 005, BLZ 604 901 50, Volksbank Ludwigsburg

Redaktion (ViSP), Layout und Gestaltung, Anzeigenkoordination Uta Hermenau, Julia Schweizer, Max Bleif, Dirk Werhahn gruenspiegel@gmx.de

Druck: Druckerei Ratz, Schönaich

Ausgabe: Januar/Februar/März 2009
Auflage: 400

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion bzw. des Kreis- oder Ortsvorstandes wieder. Für den Inhalt der gekennzeichneten Artikel sind die AutorInnen verantwortlich. Beiträge - kurz und knackig - sind herzlich willkommen. Die Redaktion behält sich weitere Kürzungen vor.